Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 38 (1958-1959)
Heft: 9

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

Die außenpolitische Dynamik Chruschtschews

Kaum hatten sich die Befürchtungen über eine unmittelbare Kriegsgefahr in der Straße von Formosa gelegt, wurde die Welt durch eine neue kommunistische Drohung aufgeschreckt, als der sowjetische Diktator Chruschtschew in einer Rede im Moskauer Sportpalast seine Absicht bekanntgab, die Viermächtevereinbarungen über die Besetzung Berlins aufzukündigen. Die von den Sowjets eingesetzte Regierung der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik sollte die Rußland aus dem Potsdamer Abkommen zustehenden Befugnisse übernehmen und sich Westberlin einverleiben, so lautete das von Moskau lancierte Programm. An der Bereitschaft der Alliierten, das freie Berlin zu beschützen und die Verbindungen wenn nötig mit Gewalt offenzuhalten, war nicht zu zweifeln: eine neue, gefährliche Krise war unvermutet Tatsache geworden. Wohl nahm der ostdeutsche Ministerpräsident später die Ankündigung Chruschtschews teilweise zurück; es sei keine unmittelbare Aktion geplant, hieß es, aber die Drohung und die latente Konfliktsituation blieben bestehen. Und um die Wirkung zu verlängern, eröffneten die offiziellen Sowjetzeitungen eine sorgfältig dosierte, an- und abschwellende Pressekampagne, untermalt durch sporadische Schikanen gegen alliierte Militärtransporte auf den Verbindungswegen Berlins.

Druck auf Berlin

Die Aktionen des Sowjetdiktators folgen sich nun fast ohne Unterbruch; das massive Auftreten im Mittleren Osten, das Zusammenspiel mit Mao Tse-tung vor der Küste Chinas und wiederum der neue Druck an der europäischen Front sind im Zeitraum eines knappen halben Jahres ausgelöst worden. So verschieden die Schauplätze und die zugrundeliegenden Konflikte sind, müssen die sich jagenden Krisen doch im Zusammenhang einer außenpolitischen Dynamik Chruschtschews gesehen werden, für die es zwei Hauptgründe anzuführen gibt: Erstens dienen die äußeren Spannungen den Diktatoren zur Erzeugung inneren Drucks, der die Durchführung von Reformen und die Ausmerzung von Widerständen erleichtert, und zweitens wird die Front der Gegner auf weiche Stellen abgeklopft. Der Formosakonflikt versprach in beiden Richtungen ergiebig zu sein; er schuf den kriegsdüsteren Hintergrund für die rasche Umwandlung Chinas in ein System militärisch organisierter «Volkskommunen» und hieb in alte Kerben alliierter Meinungsdifferenzen über die Behandlung Pekings. Analog bringt Chruschtschew mit seiner Attacke gegen Berlin die Gegner seiner Wirtschaftsreformen in Bedrängnis und tastet gleichzeitig die westlichen Positionen in der Deutschlandfrage ab. Verschiedene Anzeichen ließen in letzter Zeit erkennen, daß in der Deutschen Bundesrepublik bisher als undiskutierbar erachtete Bedingungen für eine Wiedervereinigung Deutschlands, wie das Vorausgehen freier Wahlen oder die freie Entscheidung Gesamtdeutschlands über seine zukünftige Außenpolitik, zusehends abgewertet wurden und daß die Regierungspartei sich mehr und mehr den bisher als ketzerisch betrachteten Auffassungen der Opposition annähert. Gleichzeitig vermochte der ostdeutsche Parteichef Ulbricht mit seinen geschickt ausgespielten Enthüllungen über die Ostberliner Gespräche des Bonner Bundesministers Schäffer die sichere Ver-

handlungsposition Adenauers zu untergraben, der daran festhält, daß nur eine freigewählte deutsche Regierung im Namen Deutschlands einen Friedensvertrag abschließen kann und daß nur ein freies und in seiner Außenpolitik ungebundenes Gesamtdeutschland aus der Wiedervereinigung hervorgehen dürfe. Wenn Chruschtschew heute darauf spekuliert, die schließliche Anerkennung der DDR-Regierung mit der Zeit erzwingen zu können, so rechnet er auf das Erlahmen der Festigkeit Bonns und auf die schwindende Geduld derer, die um jeden Preis, selbst auf die Gefahr hin, dem Kommunismus den Weg nach dem Westen zu öffnen, ein wiedervereinigtes großes Deutschland zu sehen wünschen.

Die politische Führung der NATO

Der Diktator im Kreml setzt seine Hoffnungen auch diesmal auf die Uneinigkeit des Westens, wie sie in der Kontroverse um den französischen Vorschlag eines Dreierdirektoriums in der NATO zutagegetreten ist. Bei allen kleineren Mitgliedern der Allianz, besonders aber in Bonn, verursachte der Brief de Gaulles an Macmillan und Eisenhower Unbehagen und Furcht vor einem Übergangenwerden. Sogleich wurde der Vorwurf laut, es sei die Aussonderung einer Mitgliederklasse minderen Rechts innerhalb der Paktorganisation geplant. De Gaulle hatte seinen Schritt vorsichtigerweise in eine unverbindliche Form gekleidet, so daß sich eine offizielle Stellungnahme der Regierungen einstweilen erübrigte. Die Frage, ob nicht doch ein leitendes Gremium der NATO errichtet werden sollte, wird sich aber früher oder später wieder stellen, weil sie eng mit dem noch ungelösten Problem der politischen Konsultation im Rahmen der atlantischen Allianz verbunden ist. Frankreich empfand es als Zurücksetzung, daß es beim amerikanischen Eingreifen in Libanon und in der Formosakrise nicht konsultiert, sondern nur auf dem laufenden gehalten wurde, und verlangt energisch nach einem Mitspracherecht unter Hinweis auf die weltpolitischen Verpflichtungen, die ihm aus seiner Rolle im Sicherheitsrat, seiner Mitverantwortung für Deutschland und aus seiner Stellung in Afrika erwachsen. Anderseits wünscht die Mehrzahl der kleineren NATO-Alliierten, wie zum Beispiel Griechenland oder Norwegen und Dänemark, nicht mit außerhalb ihrer Region liegenden Streitfragen behelligt zu werden. Die verschiedenen Ansprüche auf einen Nenner zu bringen, wird eine der Aufgaben der Dezembersession des Atlantikrats sein, für die gleich wie letztes Jahr eine beträchtliche Menge Konfliktstoff bereitliegt.

Der Streit um Cypern

Einige Risse im Gefüge des Atlantikpakts gehen auf den Cypernkonflikt zurück, der sich in den letzten Monaten zusehends verschärft hat. Nicht nur hat der Terror zugenommen und mit brutalen Mordanschlägen auf Frauen britischer Soldaten und unpolitische englische Zivilisten einen Höhepunkt der Grausamkeit erreicht, auch auf diplomatischem Gebiet wächst der Gegensatz zwischen Athen, Ankara und London. Daran vermochten auch die aufopfernden Bemühungen des Generalsekretärs der NATO wenig zu ändern, der die streitenden Parteien an einen Konferenztisch zu bringen suchte. Das Anschwellen der Terrorwelle folgte auf die Inkraftsetzung des britischen «Partnerschaftsplans», der eine beschränkte Mitarbeit des griechischen und des türkischen Volksteils in der lokalen Selbstverwaltung der Insel vorsah und durch die Ernennung je eines griechischen und eines türkischen Beirats ein Verbindungsorgan zwischen dem Gouverneur und den beiden interessierten Regierungen schaffen wollte. Nach einer siebenjährigen Übergangsperiode sollte Cypern dann die Unabhängigkeit unter einer Verfassung erhalten, die der türkischen Minderheit, etwa einem Fünftel der Bevölke-

rung, eine beschränkte Autonomie garantiert.

Das Cypernproblem war am Anfang eine ausschließlich britisch-griechische Streitfrage; Athen verlangte die «Enosis», das heißt die Vereinigung mit Griechenland, während London wegen der strategischen Bedeutung der Insel am Kolonialstatus festhielt. In den Auseinandersetzungen mit der von einem griechischen Obersten geleiteten EOKA-Organisation stützte man sich auf britischer Seite stark auf die Hilfe der türkischen Minderheit, aus der eine schlagkräftige Hilfspolizeitruppe rekrutiert wurde, und versicherte sich auch der diplomatischen Unterstützung der türkischen Regierung. Das Zurückgreifen auf die Türken weckte aber ihren Appetit: von nun an verlangte Ankara entweder die Beibehaltung des Status quo oder die Teilung der Insel. Damit war eine komplizierte Dreiecksituation entstanden, die jede Lösung außerordentlich erschwert. Dank den Vorstellungen des NATO-Generalsekretärs Spaak ließ Athen schließlich seine Bereitschaft erkennen, auf den Anschluß Cyperns an Griechenland zugunsten einer von der NATO protegierten Unabhängigkeit der Insel zu verzichten, und Erzbischof Makarios schloß sich dem Zugeständnis an. Dagegen weigerte sich nun die Türkei, auf den Gedanken an eine Teilung pauschal zu verzichten, was von Athen zur Vorbedingung einer Konferenz gemacht worden war. Damit fiel der hoffnungsvolle Plan Spaaks, den Konflikt im Rahmen des Atlantikpakts durch eine Konferenz zu lösen, ins Wasser.

Wie der Gordische Knoten entwirrt werden könnte, ist einstweilen nicht abzusehen. Für Griechenland ist Cypern so sehr zu einer Angelegenheit des nationalen Prestiges geworden, daß die Regierung nicht mehr zurückweichen kann, ohne ihr Gesicht zu verlieren — abgesehen davon, daß ihr daran liegt, die Aufmerksamkeit von der Innenpolitik abzulenken, in der die Kommunisten erneut im Vormarsch sind. Die Türkei ist gefühlsmäßig weniger engagiert, kann dafür aber strategische Erwägungen geltend machen, die ihr verbieten, ein militärisches Vakuum an ihrer Südflanke zu dulden. Großbritannien schließlich darf sich von der Insel nicht zurückziehen, solange ihre Zukunft nicht gesichert ist, findet aber bei den Vereinigten Staaten, auf deren Macht eine NATO-Lösung sich stützen müßte, wenig Begierde, ihm die Verantwortung für die weitere Entwicklung abzunehmen.

Husseins Heimkehr

König Husseins dramatische Rückkehr nach Amman hat auf den Mittleren Osten, der seit der großen Debatte in den Vereinigten Nationen im Halbdunkel lag, ein grelles Schlaglicht geworfen. Ob ein syrischer Anschlag auf das Leben des Königs geplant war oder ob es sich um einen zu Propagandazwecken aufgebauschten Zwischenfall handelte, jedenfalls ist der Status quo Jordaniens aufs engste mit der Person Husseins verknüpft. Niemand scheint daran zu zweifeln, daß das Königreich den Tod des Monarchen nicht überleben würde. Die angebliche oder wirkliche Rettung des jungen Herrschers aber hat dem ganzen Staatswesen einen neuen Impuls verliehen.

Während Jordanien der von Kairo aus geschürten panarabischen Bewegung weiterhin standhält und in Libanon sich das erschütterte politische Gleichgewicht wieder einspielt, hat sich auch im Irak und im Sudan erwiesen, daß Nassers Bäume nicht in den Himmel wachsen. In Bagdad hat Ministerpräsident General Kassem seinen früheren Stellvertreter Oberst Abdul Salam Aref, der auf den Anschluß des Iraks an die Vereinigte Arabische Republik hinarbeitete, abgesetzt und verhaftet. Ein von Aref geschmiedetes Komplott konnte, wie Kassem versichert, in letzter Minute verhindert werden. In Khartum wurde die Regierung Abdullah Khalil von der Armee in dem Augenblick gestürzt, als ein ägyptisch-sudanesisches Abkommen über die Nilgewässer unterzeichnet

werden sollte und der Ministerpräsident sich zur Reise nach Kairo vorbereitete. Der Oberbefehlshaber der Armee, der sich selber an die Spitze der neuen Regierung setzte, begründete seine Aktion mit dem Kampf gegen die Korruption, womit er möglicherweise andeutete, daß er auch die in Kairo erreichte Einigung über den Nil auf Bestechung zurückführt. Jedenfalls hat Präsident Nasser in zukünftigen Gesprächen um das Nilwasser mit einem weitaus härteren Verhandlungspartner als bisher zu rechnen.

Der Tod Pius' XII.

Die Blicke der nichtkatholischen wie der katholischen Welt richteten sich nach Rom, als Papst Pius XII. schwer erkrankte und starb. Sein hohes Ansehen als Mensch, sein Geistesadel und seine moralische Autorität wirkten weit über den Kreis der von ihm geleiteten Kirche hinaus. Als vatikanischer Staatssekretär und als Papst bemühte er sich unverwandt um den Frieden, und die Welt erinnert sich mit Dankbarkeit der Anstrengungen des Vatikans zur Linderung der Kriegsnot und zur Rettung der vom Nationalsozialismus Verfolgten. Als größte Leistung Pius' XII. wird aber von katholischer Seite sein geistiges Werk betrachtet, die wegweisende Beschäftigung mit dem immensen Problem einer Welt, die immer mehr zur Einheit zusammenschrumpft und nach einer neuen politischen und moralischen Ordnung verlangt.

Aus dem Konklave ging nach schwierigen Wahlgeschäften ein Nachfolger hervor, der in manchen Zügen eine Kontrastfigur zu Pius XII. darstellt; erdnäher, volksverbundener, bescheidener, mit einem ausgesprochenen Sinn für Humor begabt, hat der bisherige Kardinal Roncalli, ein Bauernsohn aus dem Bergamaskischen, die praktischen Aufgaben unverweilt an die Hand genommen, die der asketische Adlige Pacelli allzulange in der Schwebe ließ. Bereits hat Johannes XXIII. das Kardinalskollegium ergänzt, seine Mitgliederzahl von 70 auf 75 erhöht und das Konsistorium einberufen, in dem die Ernennungen feierlich vollzogen werden. Große Aufgaben stehen dem neuen Papst bevor. Die Kirchenverfolgung in den Satellitenstaaten der Sowjetunion erfordert seine wache Aufmerksamkeit, ebenfalls aber auch die Situation in Lateinamerika, einem der bisher stärksten Bollwerke der katholischen Welt, wo der Katholizismus in einem Maße an Boden verliert, das Rom große Sorgen bereitet. Dem Vordringen des Heidentums wird der neue Papst mit aller Energie entgegentreten, dagegen scheint er, nach seiner ersten Radioansprache zu schließen, dem Protestantismus eher mit einer Art von Nachsicht gegenüberzustehen, die vielleicht ein Gespräch zwischen den Konfessionen wieder einmal möglich machen wird.

Nemo

Bericht aus Rumänien

Anfangs Oktober 1958 stattete der Chef des sowjetischen Sicherheitswesens, Armeegeneral *I. A. Serow*, der Hauptstadt Rumäniens einen mehrtägigen Besuch ab. Seine Flugreise nach Bukarest galt diesmal nicht der Auslösung eines einzelnen Strafgerichts von intersozialistischer Bedeutung oder überraschenden Befehlsausgaben. Berijas Nachfolger hatte in der Rumänischen Volksrepublik (RVR) das Zwischenergebnis einer Unzahl von Sicherheitsvorkehrungen und einiger Säuberungsfeldzüge zu begutachten, die seit dem Frühjahr 1958 angeordnet worden waren.

Auftragsgemäß hatte sich seither der erbarmungslose Kampf der Sicherheitstruppen

des Innenministeriums (MAI) und der Sigurantza gegen bewaffnete Widerstandsgruppen sowie jegliche passive résistance verschärft. Die «Reinigung» des ZK der «Rumänischen Arbeiterpartei» (RAP) von bürgerlich angekränkelten Mitgliedern und den letzten persönlichen Widersachern des ersten Parteisekretärs, *Gheorghiu-Dej*, beschwor gleichzeitig wahre Treibjagden der Geheimpolizei und Miliz gegen Staatsdiebe, Korruptionisten, Saboteure, Klassenfeinde aller Art. Sondermaßnahmen folgten ab Juni 1958 dem Abzug sowjetischer Besatzungseinheiten aus Rumänien. Härteste Strafmaße des Justizapparates, vernichtende Schläge gegen das Einzelbauerntum und jedwede private Initiative in Gewerbe und Kleinhandel wurden Begleiterscheinungen des volksdemokratischen Alltags. — So viel Schreckensmedizin (leac de frică) auf einmal erforderte nach Monaten unbedingt einen fachmännischen tour d'horizon in der Person des Moskauer Sicherheitsministers!

Taktische Änderung des Besatzungsregimes

Am 13. Juni 1958 meldete Radio Bukarest seinen mißtrauisch oder resigniert lauschenden Hörern die bevorstehende Räumung Rumäniens durch die Besatzungsstreitkräfte der Roten Armee. Bis Ende Juli 1958 wurde die Dislokation rotarmistischer Bodentruppen aus den Garnisonen der RVR tatsächlich abgeschlossen. Einige ausgewählte Standorte erlebten «brüderliche» Abschiedsfeiern. Der Befehl zur Heimkehr an die in der RVR stationierten Divisionen der Roten Armee ließ — wie sonst bei ähnlichen Gelegenheiten — auch diesmal den tragischen Hintergrund sowjetischer Soldatenschicksale in Fremdländern sichtbar werden. So ereigneten sich z. B. in Temeswar vor dem Abzug mehrere Selbstmorde sowjetischer Offiziere. In der Hafenstadt Konstantza war es sogar der Kommandeur der 32. mechanisierten Sowjetdivision, der seiner Rückkehr ins Vaterland den Freitod vorzog.

Im Spätherbst 1958 zeigen unter anderem folgende Beobachtungen, daß der sowjetische Räumungsbefehl und die offizielle Zubilligung des besetzungsfreien Status an die RVR Täuschungsmanöver waren. Der Generalstab der Roten Armee hat keineswegs auf eine unmittelbare Überwachung des rumänischen Glacis verzichtet, sondern lediglich die Methoden der Fremdbesatzung in Rumänien verfeinert: bereits viele Wochen vor dem Abzug der Roten Armee-Einheiten konnte man im Amtsblatt «Buletinul Oficial» umfangreiche Einbürgerungslisten einsehen. Die überwiegend russischen und ukrainischen Namen dieser neuen Staatsbürger der RVR lassen vermuten, daß vereinbarungsgemäß die Einschleusung sowjetischer Kontrollorgane in amtliche Schlüsselstellungen Rumäniens erfolgt ist. Nach wie vor beobachtet man auf den Militärflughäfen der RVR sowjetische Luftwaffenoffiziere, die — in rumänischen Fliegeruniformen und der rumänischen Sprache mächtig — hohe und mittlere Dienststellungen in der «Rumänischen Volksarmee» (RVA) bekleiden. Die sowjetischen Wachmannschaften der rumänischen Uranbergwerke sind erst gar nicht abgelöst worden. Bereits im August 1958 verzeichnete die Küstenprovinz der Dobrudscha am Schwarzen Meer neuerlich die Stationierung sowjetischer Spezialeinheiten, die auf der Heimkehr von Manövern in Bulgarien «Rast» machten. Das rumänische Küstengebiet hat für die sowjetische Strategie unter anderem dadurch an Wert gewonnen, daß in dem Sperrgebiet Mangalia Raketen-Abschußrampen errichtet wurden.

Selbstverständlich verblieben in Rumänien auch militärische und zivile Beraterstäbe der Sowjets, die aus der UdSSR laufend ergänzt werden.

Erstmalig — die perfekte Gleichschaltung der RVR

Im Zuge der ungarischen Oktoberrevolution 1956 hatten sich die regulären Verbände

der RVA als «unzuverlässig» qualifiziert. Elite-Divisionen mußten damals die Munition leichter und schwerer Waffen abliefern und einlagern; sie wurde von zuverlässigen MAI-Mannschaften unter direktem sowjetischem Kommando bewacht. Seither führte die Polit-Organisation eine Reihe von Säuberungen durch, die um die Jahresmitte 1958 Gipfelpunkte des Erfolges erreichten.

Anfangs Juli 1958 entließ die reguläre RVA unvermittelt halbausgebildete Rekrutenkader nach 5monatiger Dienstzeit. Daß diese Abrüstungen keinesfalls der Einbringung der dieses Jahr reichen Getreideernte galten, bewiesen gleichzeitig zahlreiche Einberufungen von Reservisten zur Auffüllung der MAI-Sicherheitsverbände. Diese Reservisten hatten ihren Präsenzdienst erst vor anderthalb bis zwei Jahren abgeschlossen.

Im Frühjahr und Sommer 1958 wurde das volksarmistische Offizierskorps neuerlich auf seine Zuverlässigkeit hin gesiebt. Einzelne Regimenter büßten dabei fast die Hälfte ihrer Berufsoffiziere ein, die in ein ziviles Arbeitsverhältnis abgeschoben, fristlos entlassen oder unter Anklage gestellt wurden. Erstmalig erfaßte die Säuberungswelle auch länger dienende Unteroffiziersgrade.

Die am 12. Oktober 1958 beendigte Tagung der «Vereinigung der Juristen in der RVR» vermittelte ihren Teilnehmern neben einem Thema über die Sowjetjustiz das Referat «Die Verteidigung des Gemeingutes durch die Mittel des Strafrechts». Dieser Ansporn für die Volksrichter und Anwälte zur wankellosen Linientreue geschah indessen bereits post festum. Denn schon bis zum März 1958 wurden die gesetzlichen Strafbestimmungen gegen Staatsdiebstahl, Unterschlagung, Sabotage, Hooliganismus, Diversion drakonisch verschärft. Seither hat die Justizmaschinerie der RVR Exempel der «sozialistischen Gesetzlichkeit» statuiert, die an frühmittelalterliche Ketzerprozesse erinnern. So wurde im Juli zu Ploesti der Raffinerie-Arbeiter Halalau wegen Diebstahls von zehn Liter Benzin auf offenem Marktplatz füsiliert. Im gleichen Monat ließen die Gerichtsbehörden in den Straßen Schäßburgs die Hinrichtung von zehn Verurteilten austrommeln, die nachher in aller Öffentlichkeit vollzogen wurde. In Hermannstadt büßte ein Mitglied des regionalen ZK der RAP angebliche Wirtschaftssabotage ebenfalls mit dem Tod durch Erschießen auf offenem Markt.

Das sogenannte «Schilf-Dekret» bietet seit Herbst 1957 der Strafjustiz die Handhabe, Staatsbürger zur Zwangsarbeit im Donaudelta zu verurteilen. Das Schilfschneiden an sich erfolgt mit modernen technischen Behelfen, doch sorgt diese berüchtigte Sumpf- und Malariagegend für hohe Sterblichkeitsziffern unter den Strafarbeitern.

Der Übereifer im Parteiapparat

Der Kreml-Herrscher sucht einen geeigneten Sekretär. Er fragt den ersten Bewerber lediglich: «Wieviel ist 7×7?» Die prompte Antwort lautet: «49.» Der Kandidat wird entlassen und ist durchgefallen. Eine Reihe von Anwärtern gibt die gleiche Antwort oder versucht es mit einem falschen Produkt von 7×7. Den Posten erhält schließlich einer, der auf die Frage des Diktators erwidert: «Nun, wieviel soll es denn sein, Väterchen?»

Die Auffrischung dieser alten Stalin-Anekdote gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt ist für die Führungssituation der RAP symptomatisch. Seit dem ungarischen Oktober haben die obersten Parteiränge eine durchgreifende Re-Stalinisierung und kleinere Kursänderungen blindlings und ohne Rücksichtnahme vollführt. Noch vor zwei Jahren unterschieden sich die RAP-Chefs z. B. von den Führungscliquen in Sofia und Budapest dadurch, daß sie Moskauer Befehle wohl unterwürfig entgegennahmen, anschließend aber dennoch nach eigenem Gutdünken handelten. Dieser idyllische Zustand des «eigenen Weges» ist jetzt durch die anhaltende, reinigende Elementarkatastrophe endgültig überwunden worden. Somit erübrigt sich eigentlich auch jede Frage nach Kursen oder Richtungsänderungen in der

RAP. «Wieviel soll es denn sein, Väterchen?» Der einzelne KP-Funktionär kann nur das Pech haben, aus Übereifer das Falsche zu tun. Sogar nennenwerte Gruppenkämpfe innerhalb der Bukarester KP-Hierarchie gehören schon der Vergangenheit an.

Der erste ZK-Sekretär, Gheorghe Gheorghiu-Dej, gilt derzeit als unangefochtener Alleinherrscher. Die vor anderthalb Jahren eingeleiteten Säuberungen des obersten und mittleren Parteiapparates haben seine Stellung gefestigt. Zudem hat sich inzwischen die kleine Schar der alten Kämpfer im zentralen Führungsgremium durch Selbstliquidierung so weit dezimiert, daß fortgesetzte Wachtablösungen geradezu den Bestand des Systems gefährden müßten.

Bereits im Juni 1957 erlitt der gefährlichste Nebenbuhler Gheorghiu-Dejs, die «graue Eminenz» der RAP, *Iosif Chisinevschi-Broitman*, samt Ehegattin Ljuba den parteioffiziellen Höllensturz. Damals wurde auch der Parteiintellektuelle und Planpolitiker *Miron Constantinescu* vom ZK-Verdikt betroffen. Die Parteiausschlüsse und Rügen während der «langen» ZK-Sitzung vom 9.—13. Juni 1958 glichen dagegen nur noch einer Ährenlese auf dem bereits bretteben abgeernteten Feld. Mißmutige RAP-Rabauken aus der Illegalität, ehemalige Angehörige demokratischer Parteien im ZK-Kollektiv wurden als zweitrangige Abweichlinge auf dem Altar der «Einheit und Reinheit» geopfert.

Eine prominente Parteiintelligenz ist aus den maßgeblichen RAP-Rängen fast verschwunden. Übrig blieb als «zweiter Mann» Regierungschef und Politbüromitglied *Chivu Stoica*, der bei Empfängen und internen Veranstaltungen stets einen etwas naiven und alkoholisierten Eindruck hinterläßt. Er wäre kaum in der Lage, eine Fronde gegen Gheorghiu-Dej aufzuziehen. Von Spannungen zwischen dem ersten ZK-Sekretär und dem Präsidenten des Gewerkschaftsbundes der RVR, *Gheorghe Apostol*, weiß man mehr zu berichten. Tatsächlich käme der etwas jüngere Apostol als Gegenspieler des Parteichefs eher in Frage. Doch ist es wiederum müßig, Vermutungen anzustellen, weil persönliche und Gruppenfehden dem Zufall ausgesetzt sind und letztlich in Moskau entschieden werden.

Die sommerliche Säuberungswut innerhalb der RAP erhellt unter anderem aus der Verfügung, derzufolge ehemalige Aktivisten der Legionärsbewegung Codreanus aus dem Mitgliederstand der RAP automatisch entfernt wurden und frühere Angehörige nichtkommunistischer Organisationen ihre jetzige Parteitreue ohne gegebenen Anlaß vor Prüfungsausschüssen nachzuweisen hatten.

Für das Paradies der Urenkel

Bisherige Fehlplanungen im Industrieaufbau, Materialknappheit, verzögerte Zulieferungen usw. führten seit kurzem in bekannten Großbetrieben verschiedener Branchen zu umfangreichen Arbeiterentlassungen. Die stärkere Einbeziehung der rumänischen Planwirtschaft in die Koordinierung und Arbeitsteilung des sowjetisch-volksdemokratischen «Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe» (COMECON) bedeutet für den Wirtschaftsapparat der RVR neue Belastungsproben. Die forcierte Weiterentwicklung der rumänischen Erdölförderung, Modernisierung und Ausbau der Petrochemie bilden den wichtigsten Beitrag Rumäniens zu den intersozialistischen Integrationsplänen des Kremls.

Die steigende Industrieproduktion, vermehrtes Warenangebot im Vergleich zu früheren Jahren, die hohen Ernteerträge des Herbstes — all diese an sich positiven Faktoren kommen sozialwirtschaftlich nicht zur Auswirkung, weil die anhaltende schwerindustrielle Hypertrophie und überhöhte Lieferverpflichtungen der RVR an Ostblockstaaten und Entwicklungsländer sogar die normale Versorgung des Inlandmarktes beeinträchtigen. Außerdem ist und bleibt die Landwirtschaft das Sorgenkind der Planpolitiker in der RVR.

Selbst gemessen an der Vorjahreszeit hat sich die soziale Lage verschärft. Die Haupt-

stadt ist als Auslagefenster des Landes im Verhältnis zur Provinz besser versorgt. An der ungünstigen Preis-Lohn-Relation hat sich nichts geändert. Der grassierende Geldmangel beeinflußt nicht nur den privaten Bedarfssektor negativ. Nach zehn Jahren Industrieverstaatlichung und pausenloser «Sozialisierung» muß der Beobachter fragen, weshalb all diese Anstrengungen und Opfer der Erwerbstätigen zu nicht mehr als einer kriegswirtschaftlichen Befriedigung der Lebensansprüche geführt haben.

Eine Episode des Kirchenkampfes

«Gott ist im Detail», sagt ein bekanntes Wort. Wir möchten uns darum an dieser Stelle auch nicht in allgemeine Ausführungen über Priesterverhaftungen, kirchliche Friedenskundgebungen, Pfarrgehälter, Verfälschung und Verfolgung kirchlicher Gemeindearbeit und dergleichen verlieren.

Ein kirchliches Ereignis am Rande und im Schatten der Vernichtung erhellt nachdrücklicher als Übersichten und statistische Daten die Lage blitzartig:

Vor zehn Jahren, im Oktober 1948, wurde die rund 1,4 Millionen Seelen zählende uniiert-katholische Kirche Siebenbürgens zwangsweise mit der Bukarester orthodoxen Patriarchie «wiedervereinigt». Seither existiert diese vor einem Vierteljahrtausend mit Rom uniierte Kirche des siebenbürgischen Rumänentums offiziell nicht mehr. Im Herbst 1957 entfaltete sich unter den ehemaligen Gliedern der Schweigenden Kirche eine Massenbewegung, die allein im Gebiet von Baia Mare 47 000 Unterschriften listenmäßig erfaßte. Ziel dieser Aktion war ein Appell an die politischen Machthaber der RVR, die Wiederherstellung des früheren, uniierten Status zu genehmigen. Die Reaktion auf das inoffizielle Plebiszit und Bittgesuche an mehrere Instanzen war: es setzte eine neue Verhaftungswelle gegen Priester und Laien der uniierten Kirche ein. Im Mai 1958 verhängte die Justiz über Bischof *Alexandru Rusu* und eine große Anzahl von Priestern und Laien langjährige Kerkerstrafen. Anläßlich der Prozeßführung eruierten die Sicherheitsorgane auch drei Geheimbischöfe der Uniierten, von denen einer, *Zenovie Păclisanu*, Laie und einstiger hoher Ministerialbeamter, im Juli 1958 im Gefängnis gestorben ist. Hinsichtlich des zweiten Geheimbischofs wurde bekannt, daß er zu Klausenburg tagsüber als Lederarbeiter in einer Schuhfabrik arbeitete.

Die Episode soll nicht der Verherrlichung einer und der Herabsetzung anderer Kirchengemeinschaften dienen. Sie zeigt aber Heldenmut und Entschlossenheit gerade der proletarischen Schichten gegen Atheismus und seelische Vergewaltigungsversuche, mit denen das KP-Regime die Volksmassen zu beglücken vorgibt.

Amerika im Fluge

(Fortsetzung)

«Dinosaurier» in Detroit

Eine Fahrstunde nordöstlich Detroit, im «Technical Centre» von General Motors, sind 20 000 Techniker damit beschäftigt, die Erwartungen und Träume der Amerikaner vorauszuahnen, zu normen und ihnen in Automobilmodellen und Gebrauchsgegenständen, Waschmaschinen wie Knöpfen Gestalt zu geben. Hier wird die Umwelt der Zukunft geformt, und selbst Hollywood hätte sich nichts Schöneres und gleichzeitig Romantischeres ausdenken können als dieses großzügige Forschungszentrum, das der Architekt Erno Saarinen entworfen hat. 52 flache oder quaderförmige Gebäude aus

Glas, Stahl, Stein, in Weinrot oder Mausgrau, abstrakte Skulpturen vor den Eingängen, und das alles um einen künstlichen Teich mit Springbrunnen, Bäumen, deren Zweige ins Wasser reichen, herum arrangiert — ein «Versailles der Autoindustrie». In dieser künstlichen Abgeschiedenheit sind einige Wissenschafter und viele Konstrukteure und Designer dabei, «unser tägliches Leben reicher, bequemer, gesünder und erfreulicher zu gestalten». Die Türen — jede in einer anderen Farbe — zu den einzelnen Studios, in denen kleine Teams an Wandtafeln und in Ton die Automode des jeweils übernächsten Jahres festlegen, sind nicht nur für Fremde, sondern selbst für die Kollegen von nebenan stets verschlossen, damit sich niemand beeinflussen lasse, und wenn die Phantasieprodukte herumgetragen werden, sind sie verhüllt. Erlahmt die Phantasie einmal, genügt es, auf einen Knopf zu drücken, und sanfte Musik rieselt aus der Studiowand, genügt es, den Blick zu den Fontänen hinüberschweifen zu lassen, die zur Stimulierung der Traumkonstrukteure Wasser hochschießen. In einem supermodern gestalteten Raum können die Kunden unter 3888 Mustern die Farbe für die Autos wählen und dann unter einer raffinierten Beleuchtungsanlage prüfen, wie diese Farbe in kaltem oder romantischem Mondschein, in tropischer oder winterlicher Sonne erscheint. Im Innenhof, in dem eine Klimaanlage ewigen Sommer erzeugt, steht eine abstrakte Plastik, die (wie es heißt) «Formen, die in die Zukunft weisen», darstellt.

Eine Traumwelt, die sich selbst «Technopolis» nennt und von der sogar die darin Arbeitenden hingerissen sind. «Wenn Leonardo da Vinci heute leben würde», jubelt einer der Designer, «könnte er keinen besseren Arbeitsplatz finden als das ‚Technical Centre' von General Motors»; ein anderer prophezeit: «Alle Kunst wird mehr und mehr zum Industrial Design.» Und Harlow Curtice, der Präsident von General Motors, spornt die 20 000 an: «Wir müssen und können noch größer träumen.»

Die Zukunftsgläubigkeit, von der dieser Ort — Quintessenz wie «dernier cri» der Autometropole — durchdrungen ist, ist nicht nur nützlich, sondern gleichsam ortsüblich. Sie gehört zu Detroit mit dem Wahlspruch «Speriamus meliora». Im Schicksal dieser Millionenstadt, die ihre Existenz so ausschließlich von der Autoindustrie abhängig gemacht hat, daß man es entweder provinziell oder amerikanisch nennen könnte, deren Einwohnerzahl sich in diesem Jahrhundert verzehnfacht hat, die um einen Vorstadtring nach dem anderen gewachsen ist, die seit einigen Jahren, nachdem auch die großen Autofirmen aufs Land abgewandert sind und im Stadtkern tote Fabrikhallen zurückgelassen haben, versucht, sich von innen heraus neu zu beleben, die eine City brauchte und baute — im Schicksal dieser Stadt spiegelt sich das der Autoindustrie. Durch den Einzug der «Designer», denen General Motors mit seinem Slogan «Erscheinung verkauft ein Auto» den Weg gebahnt hatte, hat die Autoindustrie einen «neuen Boß» erhalten — die kaufende Öffentlichkeit. Zwar ist der Einfluß der «Designer», der sich indirekt auf die Formung des gesamten amerikanischen Lebensstils auswirkt, phantastisch, zwar hat allein Harley J. Earl, der Chef-Designer von General Motors, im Laufe der Jahre die äußere Gestalt von 32 Millionen Automobilen bestimmt — aber selbst dieser Geschmacksdiktator gesteht, daß «es sich als verhängnisvoll erweisen kann, wenn man dem Wunsch der Öffentlichkeit das Ohr verschließt».

Die Vorgeschichte des Ford-Modells «Edsel» weist deutlich auf jene Interessenverschiebung in der Autoindustrie hin, die sich seit den historisch gewordenen Tagen Henry Fords vollzogen hat, der seine Modelle nur schneller und billiger vom Fließband rollen ließ und es im übrigen bei der magischen Bewunderung bewenden lassen konnte, die den Besucher auch heute noch erfaßt, wenn er, am Fließband entlanglaufend, die Montage des «Luxus für jedermann» miterlebt. Das heutige Ford-Empire

— ein Empire mit eigenen Frachtern, eigenem Hafen, eigener Polizei, eigenem Museum, eigenem Schrott (einem kleinen Gebirge aus Tausenden von alten Automobilen, die auf Koffergröße eingestampft worden sind und die in eigenen Hochöfen eingeschmolzen werden) ging mit äußerster Vorsicht zu Werke, als es den «Edsel» lancierte. Zwei Jahre bevor das neue Modell vom Fließband rollte, verbündete sich Ford mit einer der größten amerikanischen Reklamefirmen. Reklameberater und «Designer» arbeiteten aufs engste zusammen. Der New-Yorker Columbia-Universität wurde der Forschungsauftrag erteilt, sie möge herausfinden, welcher Sozialstatus sich am besten mit dem «Edsel» verbinden ließe, welche Persönlichkeitsprojektion die Reklame ansprechen sollte. Man einigte sich, daß der «Edsel» als der «Wagen des jungen, aufsteigenden Direktors» an die Konsumfront gerollt werden sollte; das Ford-Empire jedoch, dem diese Assoziation zu eng war, pries das neue Auto als den «Wagen der Mittelklassen-Familie» an. Nach einem viermonatigen Reklamefeldzug, für den 8 Millionen Dollar aufgewendet worden waren, erwies sich das als falsche Taktik.

Die Fließbandproduktion ist soweit gediehen, daß es leichter ist, ein Auto zu produizeren als es zu verkaufen, und wird einmal der Käufer, der «neue Boß», störrisch, wie es 1958 der Fall gewesen ist, nimmt er den «Designers» das Traumdiktat nicht ab, so wird die Autoindustrie kopfscheu und ratlos, und das Fieber erfaßt den gesamten Wirtschaftskörper, denn jeder siebente arbeitende Amerikaner hängt in irgendeiner Form von der Detroiter Autoindustrie ab.

Die diesjährige Konjunkturflaute war auch eine Rebellion der Konsumenten, und das Nein der Autokäufer war für Detroit eine neue Erfahrung. Ein merkwürdiges Nein zudem, denn während der Absatz der langen, verchromten «Dinosaurier», die ununterscheidbar geworden sind und die auch ihre Besitzer nicht mehr unterscheiden, zurückging, konnten europäische Kleinwagen eine Haußе verzeichnen. Ihr Stil, ihre Fremdheit erhielten einen auszeichnenden Snob-Wert.

Individualist im «Paradies-Tal»

Meilenweit von der Hauptstadt Phoenix entfernt, mitten in der rostbraunen, bergigen Wüste Arizonas, in der meterhohe Kakteen wie Zeigefinger in den Himmel weisen, im «Paradies-Tal», lebt und arbeitet der Architekt Frank Lloyd Wright in seinem Winterquartier Taliesin-West. Dem Pfarrerssohn aus Boston mißfällt vieles am amerikanischen Lebenszuschnitt, und er hat sich in der Bastion «organisches Leben, Integration mit der Natur, Demokratie», die er auf seine Weise interpretiert, verschanzt. Sein Wohnhaus, das gleichzeitig eine «Lehrstätte» ist, in der die schöpferische Unruhe mit ähnlicher Gelassenheit erwartet wird wie in den Studios von Detroit, schmiegt sich eng an den Hang an und bildet in Form und Farbe einen Einklang mit der umgebenden Wüstenei. Gegen ein Eintrittsgeld von 5 Dollars können Touristen an bestimmten Tagen von Phoenix heraufkommen, um bei dem «grand old man» Tee zu trinken. Mit einem breitkrempigen Hut, einem altmodisch-stilisierten Anzug, Lackschuhen und einem Spazierstock begrüßt Frank Lloyd Wright die Fremdlinge und zelebriert einen Empfang und Rundgang durch die lichten Räume, die labyrinthartig zusammengefügt sind. Jemand fragt den 89jährigen Recken, der in seiner eigenen Umgebung wie ein weiser Indianer wirkt, was er von der amerikanischen Architektur der Gegenwart halte. «Es gibt noch keine amerikanische Architektur», deklariert er, und weitere Fragen erübrigen sich eigentlich. Ein anderer Gast verweist auf Europa und nennt Corbusier, Wrights Antipoden. «Corbusier? Das ist ein Maler und kein Architekt.» Er spricht prophetenhaft, mit dem Mut zur Individualität, wie ein Einsiedler in einer bequemen Hütte, die er sich selbst gebaut hat, und Madame Wright schreibt alles nieder, was der Meister äußert. Dann gibt's Tee. In

einem Vorlesungssaal, dessen eine Seite offen ist. In Tontassen wird der Tee gereicht, huldvoll, fast weihevoll, und einige Amerikaner im Hintergrund lächeln, mockieren sich über diesen grandiosen Neinsager, der nur widerspreche um des Widersprechens willen. Draußen laufen «Schüler» umher, in einheitlich bunten Hemden, und werfen mißtrauische oder bedauernde Blicke auf die Fremden.

Die Szene ist komisch, großartig, unvergeßlich. Da ist ein «Usonier», der sich dafür ereifert, daß der amerikanische Bürger endlich in Grund und Boden Wurzeln schlagen solle, wieder natürlich und wesentlich werden möge, ein Weiser, der für sich selbst dieses Leben organisiert hat. Man klettert in den Autobus — und läßt eine Staubwolke und einen «Thoreau in der Wüste Arizonas» zurück.

Huckleberry Finns in San Francisco

San Francisco ist raffiniert; bis ins letzte. Ein winziges Felseneiland in der Buch von San Francisco, Alcatraz genannt, beherbergt das Staatsgefängnis, und ein einheimischer Begleiter sagte ironisch, die schlimmste Strafe für die Häftlinge müsse wohl sein, daß sie durch die vergitterten Fenster die weiße Stadt auf dem Hügel vor sich sehen, daß sie die salzige, animierende Meeresluft in der Nase spüren, und das alles nicht erreichen können. Neunzig Prozent aller Amerikabesucher aus Europa vernarren sich in die einstige Goldrausch-Stadt, und das scheint vielleicht daran zu liegen, daß das kosmopolitische und urbane San Francisco wirklich eine Stadt (im europäischen Sinne) ist, mit einer Seele, wenn man will, die auf Schritt und Tritt spürbar ist, und nicht, wie Manhattan, eine Sammlung gigantischer Dörfer.

Am North Beach, dem Quartier Latin, stößt man auf Überraschungen, die man am Rande des Pazifischen Ozeans nicht für möglich gehalten hätte. Europäisch anmutende Leute in europäisch wirkenden Lokalen, die dezidierte Ansichten über Europas Politik und Kultur haben, und während Greenwich Village, das New-Yorker Bohème-Viertel, eine isolierte Insel ist, die von der Fifth Avenue gleich weit entfernt zu sein scheint wie von Europa, durchzieht der Geist von North Beach das gesamte San Francisco, selbst den vornehmen, soliden Nobs Hill.

Von hier aus hat Mort Sahl in diesem Jahr New York erobert, der mit einer Zeitung unter dem Arm auf einer Bühne steht und gescheit, ironisch, demokratisch in der parteipolitischen Gesinnung seine Pointen über Amerika und die Amerikaner ins Publikum schießt — Amerikas erster politischer Kabarettist. Und es ist vielleicht nicht zufällig, daß vom North Beach aus die symptomatische, sogenannte «Beat»-Generation gestartet ist, eine literarische Bewegung mit aktiven und vielen zugewandten Jüngern, zu der Norman Mailer und Kenneth Rexroth gehören und der Jack Keruac mit seinem Roman «On the Road» eine Art Manifest geschrieben hat. Sie haben die Philosophie halbwegs zivilisierten Landstreichertums zur Lebensmethode gemacht, sie sind moderne Huckleberry Finns, moderne Wandervögel, die sich mit Jazz und Trinkgelagen und wilden Autofahrten berauschen und glauben, damit ihren Abscheu und ihre Verachtung für das amerikanische Lebensdiktat auszudrücken. In San Francisco ist das alles fast noch amüsant; in New York, wo Kenneth Rexroth in einer verräucherten, überfüllten Beiz an der Bowery, der Elendsstraße, vor einer Beat-Bruderschaft seine Gedichte vorträgt, wirken sie wie ein fatalistischer, pessimistischer Haufe, der um seine unausweichliche Niederlage weiß und sie bereits hingenommen hat.

Alfred Schüler

(Schluß folgt)

Liberalismus macht Unmögliches möglich

Der Ursprung der nunmehr elf Jahre alten Mont Pèlerin Society, und ihre bisherigen Tagungen, sind den Lesern dieser Zeitschrift vertraut. 1956 berichtete der Verfasser über «Die Antwort der freien Gesellschaft» auf der ersten Berliner Tagung der «Society». Nach mühevollen Vorbereitungen fand endlich diesen Herbst die erste Versammlung der Gesellschaft auf nordamerikanischem Boden statt. Die kleine Universitätsstadt Princeton in New Jersey mit ihren Universitätsgebäuden in mittelalterlichem Stil, insbesondere der Tagungsplatz, das um 1920 errichtete Graduate College der Universität, beherbergten die rund 200 Mitglieder und Gäste.

Aus allen Teilen der Welt, selbst aus Japan und Südafrika, vor allem aus Europa, Kanada und den USA, aber auch aus Südamerika, konnte sich eine ausgesuchte Gruppe *liberal* (im alten europäischen, nicht im heutigen amerikanischen, d. h. sozialistischen Sinn) denkender Professoren, vor allem Wirtschaftswissenschaftler, Publizisten und Staatsmänner eine Woche lang intim über die aktuellsten Fragen der heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme aussprechen. Um eine solche Fülle kongenialer und informationsreicher Gesprächspartner als einzelner in der ganzen Welt aufzusuchen, müßte man über große Mittel verfügen und zwei Jahre Urlaub nehmen können; ja, man wüßte oft gar nicht, wo die prinzipiell ähnlich orientierten Köpfe in den einzelnen Ländern wirken. Der einzigartige Wert dieser von *F. A. Hayek* (Chicago) gegründeten und von ihrem schweizerischen Generalsekretär, Dr. *Albert Hunold*, unermüdlich und selbstlos in Schwung gehaltenen, internationalen Gesellschaft liegt m. E. nicht zuletzt in diesem, in der Regel alljährlichen, Symposium — im echt platonischen Sinn des Wortes.

In Princeton gab es so viele Vorträge, Diskussionen und angeschlossene Veranstaltungen, daß wir nur einige Hauptzüge herausgreifen können. Ja, die Tagung sprengte selbst ihren nordamerikanischen Rahmen, als einige Mitglieder anschließend noch zu einer «kleinen» Mont-Pèlerin-Tagung nach Mexiko City reisten, um den lateinamerikanischen Brückenkopf zu festigen.

Fünf große Themen wurden unter die Lupe genommen: *Wohlfahrtsstaat*, *Inflation*, *Gewerkschaften*, *Agrarpolitik* und «*unterentwickelte*» *Länder*. Zur Überraschung des Verfassers kamen gerade bei der Behandlung der Agrarprobleme Referenten zu Wort, die, in oft humorvoller Weise, mit unerbittlicher Schärfe das Ausmaß von Heuchelei, Paradoxie und wirtschaftlicher Selbstmordpolitik nachwiesen, das sich heute die meisten Regierungen und Parlamentarier aufgehalst haben, weil bestimmte Zweige der Landwirtschaft politisch als «heilige Kühe» gelten. Überall wo z. B. die staatlichen Bürokratien ihren Interventionismus, ihre Subventionen und Kontrollen buchstäblich *vergessen* haben — etwa bei der Geflügelzucht in England und den USA —, gibt es kein Agrarproblem für den Landwirt: er produziert für einen freien (und sich ausdehnenden) Markt und wird in der Regel noch reich dabei.

In einem Referat wies Bruno Leoni (Pavia) den totalen Mißerfolg (politisch, psychologisch, wirtschaftlich) der rein politisch inspirierten Landreform in Süditalien nach.

Bei den vorstehenden Sachgebieten, wie auch an vielen anderen Stellen der Diskussion (vor allem beim «Wohlfahrtsstaat» und der Inflation) kam deutlich folgendes Hauptproblem unserer Zeit zum Vorschein: infolge einer noch kaum erforschten partiellen Blindheit der Wähler und meisten Kommentatoren ist es in fast allen Ländern für den Politiker möglich, *gerade dann* am unverblümtesten seine eigene (materiell lohnende) Wiederwahl zu propagieren, wenn er Maßnahmen und Gesetze forciert, die sich diskrimi-

natorisch gegen den (oft nur angeblichen) Eigennutz irgendeiner wirtschaftlichen Minderheit richten: Großindustrie, Großgrundbesitzer, Hausbesitzer, obere Einkommensschichten, Aktienbesitzer, freie Berufe usw. Das heißt, zum Schaden einer am besten in Ruhe gelassenen freien Initiativ- und Wettbewerbswirtschaft kann man heute die eigene Sucht auf einen festen Sitz zu Lasten der Steuerzahler am besten maskieren, indem man irgendeinen Sündenbock findet, dessen angeblicher (manchmal auch tatsächlicher, aber nicht besonders bedeutsamer) Egoismus, oft nichts anderes als ein Bestehen auf dem Prinzip vom Privateigentum, dem «Volk», dem «Landwirt», dem «Arbeiter» usw. schadet.

In Wirklichkeit verdanken aber die meisten heute von Inflation und Gewerkschafts-Monopolen angefressenen Wirtschaften ihren Krebs vornehmlich der Selbstsucht jener, die so ziemlich alle inflationistischen Irrtümer und Gewerkschaftshegemonien als das allein «politisch Mögliche» (d. h. der eigenen Wiederwahl dienende) unterstellen.

Wie schon auf den Tagungen in Berlin (1956) und in St. Moritz (1957) war also auch diesmal — vor allem bei der Diskussion der Inflationsgefahr und der Agrarpolitik — das Problem des «politisch Unmöglichen» allgegenwärtig, wenn es auch nicht auf dem Programm stand. Milton Friedman (Chicago) verfocht die These, unsere freie Wirtschaft würde selbst ein tüchtiges Maß an stetiger offener (nicht an «repressed») Inflation aushalten; ein kompromißbereiter Vorschlag, den Hayek, Ludwig von Mises, Henry Hazlitt, Shenfield u. a. als höchst gefährlich und irreführend zurückwiesen. Mises erinnerte daran, daß die verheerenden Inflationen nach dem 1. Weltkrieg auf den Mangel an Kassandragestalten zurückzuführen seien, während die heute in den USA z. B. scheinbar so harmlose, schleichende Inflation von 2 bis 4% pro Jahr bisher eben durch die unentwegte Kritik — z. B. eines Henry Hazlitt in «Newsweek» — in Zaum gehalten werden konnte. Man kann das vielleicht pointiert so ausdrücken: die inflationistische Wirtschaftspolitik der heutigen Demokratien ist in manchen Ländern vorerst fiskalisch und ökonomisch «möglich geblieben» (und somit auch «politisch» erträglich oder sogar berauschend gewesen), weil es eine Reihe von Kritikern gibt, die sie unbeirrbar als eine nicht hinzunehmende Krankheit bekämpfen und sich bei dieser Diagnose nicht von der Behauptung beeinflussen lassen, daß der Patient seine Krankheit nur zu sehr liebe.

Es wäre wissenssoziologisch reizvoll, näher zu untersuchen, inwieweit die Mont Pèlerin Society nicht allein auf dem Vorhandensein der USA, sondern zugleich auf dem Kontrast zwischen Amerika und Europa, insbesondere Großbritannien, ruht. Die Fruchtbarkeit ihrer internationalen Tagungen liegt doch nicht zuletzt darin, daß sich hier einigermaßen ähnlich gesinnte Persönlichkeiten über die geistige Beherrschung von Problemen aussprechen, die in ihren Herkunftsländern oft sehr verschiedene Formen annehmen. Man spürte das vor allem etwa während der Diskussion über Gewerkschaften. So als der scharfsinnig formulierende junge britische Ökonom W. Hagenbuch, auf die Ausführungen Sylvester Petros hin, seinem Erstaunen Ausdruck gab, daß die Lokaldiktatur der Gewerkschaften in den USA — mit ihrer kriminellen Gewaltanwendung, ihrer de facto oft völligen Neutralisierung der Organe öffentlicher Ordnung (sogar in der Rechtsprechung) ein Phänomen darstellen, das man sich von Europa aus schwer vorstellen könne.

Die akademischen Verächter der von dieser Vereinigung vertretenen marktwirtschaftlichen Prinzipien heucheln oft eine — wie sie hoffen — tödliche Skepsis: «nun ja, was ihr auch immer drauflos redet, *wo* in der Welt finden eure Ideen, eure Maximen bei der ‚Masse', beim gewöhnlichen Mann, bei der ‚Öffentlichkeit' noch Gehör, geschweige denn Verständnis und Akzeptierung?!» — Man sollte darauf nicht allein erwidern: zumindest in der westdeutschen Bundesrepublik und in den USA. Vielleicht darf man

den wirtschaftspolitischen Unterschied zwischen beiden Nationen wie folgt umreißen: seit Juni 1948 fand in Westdeutschland eine allmähliche Durchsetzung der marktwirtschaftlichen Gesellschaftsgestaltung von oben nach unten statt. Die Idee des Wirtschaftsministers, seiner geistigen Helfer, zum Beispiel Eucken und Röpke, drang allmählich selbst zu jener Generation vor, die in einem Klima aufgewachsen war, in dem solche Ideen kaum noch erwähnt wurden oder höchstens mit ein paar verächtlichen Bemerkungen im Geschichtsunterricht der Oberschule als «Nachtwächterstaat» abgetan wurden.

In den USA verhält es sich — teilweise — umgekehrt: Washington hat sich seit 1933, bis zur Stunde, vom interventionistischen Dogma nicht wirklich frei machen können. Was aber die amerikanische Wirtschaft auf allen Stufen tatsächlich in Schwung hält, was als Bremse gegen den zentralistischen Interventionismus wirkt, ist der echte Glaube an die Vorzüge einer Wettbewerbswirtschaft bei den meisten Amerikanern. Als ich auf dem Weg zur Tagung in Princeton in Atlanta ein Taxi zum weit entlegenen Flughafen benutzte und nach dem Preis fragte (der sich in fünf Jahren noch nicht geändert hat), sagte der alte Taxichauffeur: «Wir können uns keine Sprünge erlauben. Vor allem nicht, seit diese andere Taxigesellschaft in Decatur aufgekommen ist. Macht uns viel Konkurrenz. Aber Wettbewerb ist gut. Sorgt dafür, daß wir alle das Letzte an Leistung hergeben (keeps everyone on his toes).»

Bezeichnend ist nun, daß ich genau diese Äußerung, auf das Erscheinen eines neuen Konkurrenten hin, während der letzten acht Jahre an den verschiedensten Orten der USA, von den verschiedensten Einzelhändlern und Unternehmern aller Größenordnung immer wieder spontan gehört habe. Es berührt deshalb tragikomisch, wenn glanzvolle Stätten der Wissenschaft — wie z. B. die Business School von Harvard — ausgerechnet wirtschaftspolitisch Unerfahrene wie den Historiker Arnold Toynbee — seines Namens wegen — einladen, um sich sagen zu lassen, daß die «heutige Welt die bösen Übel der freien Unternehmerwirtschaft nicht mehr ertrage» (wie Mr. Toynbee in diesem August andächtig lauschenden Spitzen der amerikanischen Wirtschafts- und Geisteswelt in Harvard predigte).

L. v. Mises ergriff mit Elan und oft witzigen Illustrationen öfters das Wort. Vor allem kritisierte er die Verharmlosung der Inflation und die antikapitalistische Mentalität. In einem geschichtlich weit ausholenden Eröffnungsvortrag über Freiheit und Eigentum wies er die Interdependenz der beiden Stützen einer erträglichen Gesellschaftsform auf. Mit Recht wandte er sich gegen die jüngst Mode gewordene Kritik des Kapitalismus, die — etwa in dem jetzigen «Bestseller» *The Affluent Society* — behauptet, die durch die Wirtschaft ermöglichte reichliche Warenversorgung der Bevölkerung beraube uns einer «höheren» Freiheit. Merkwürdigerweise hört man diesen Vorwurf gerade aus Kreisen, die vor nicht zu langer Zeit noch den Kapitalismus wegen seiner angeblichen Unterversorgung der breiten Massen anklagten. Man könne nicht einfach die materiellen Leistungen des Kapitalismus mit der Behauptung bagatellisieren, es gebe edlere und höhere Dinge als bequeme Autos, Zentralheizung, Klimaanlagen und Waschmaschinen. Selbstverständlich gibt es diese, aber sie sind auf einer höheren Wertebene eben aus dem Grund, weil sie nicht durch bloße äußere Anstrengung erzielt werden können, sondern einen Einsatz des jeweiligen Individuums erfordern. Es gibt wohl kaum einen schlimmeren Materialismus als den Glauben jener, die sich anmaßen, genau zu wissen, wieviel Sach-«Luxus» sie verbieten müssen, um mit dem Überschuß von Staats wegen «hohe Kultur» zu treiben.

Wie absurd — und unehrlich — diese neueste Kritik an den Leistungen der freien Initiativwirtschaft, etwa durch die Leuchte der Harvard-Universität und zugleich Propagandachef des Brain Trusts der Demokraten in den USA, John K. Galbraith, ist, sieht man

erst, wenn die Ursachen des Dirigismus (Interventionismus) untersucht werden; etwa in dem Referat von Heinrich Niehaus zur Agrarpolitik. Die gelenkte Wirtschaft — entgegen aller nationalökonomischen Vernunft und bald auch entgegen allen Erfahrungstatsachen — breitete sich in den dreißiger Jahren gerade deshalb aus und behielt bis heute in den meisten Ländern ihre Anziehungskraft, weil folgende Faktoren eine Rolle spielten: Ungeduld angesichts ungleicher Vermögensverteilung und eine neurotische Fixierung auf «materielle Sicherheit». Beides sind aber extrem kurzsichtige materialistische Voreingenommenheiten. Jenen also, die uns seit ein paar Jahrzehnten überreden wollen, eine die persönliche Freiheit stützende Gesellschaftsform sei weniger wichtig als die Garantie einer materiellen Sicherheit für alle und jeden zu jeder Zeit, gleichgültig wie unverantwortlich sich der Einzelne benimmt, steht es schlecht an — weil ihnen nichts anderes mehr einfällt —, sich darüber sittlich zu entrüsten, daß der amerikanische Kapitalismus z. B. dem gewöhnlichen Mann sozusagen das Luxusauto von der Wiege bis zum Grab garantiert und nicht nur, wie sie es vorziehen würden, eine staatliche Rente.

Leider hörte man im Anschluß an die Kritik des Wohlfahrtsstaates von einigen Rednern, z. B. Massimo Salvadori, eine Floskel, die der Verfasser zu jenen pseudointellektuellen Maximen zählt, denen wir unsere politische Schwäche verdanken: «We have to win over the masses.» Wir müssen die Massen für uns — d. h. die Vertreter einer individualistischen Gesellschaftsordnung und Initiativwirtschaft — gewinnen. Realsoziologisch ist das Unsinn. Man unterstellt fälschlich die Existenz von «Massen», diejenigen, die man als Masse irgendwie geistig gewinnen könnte, und die dauernd unter sich, als Masse, in einer vernünftigen politischen Kommunikation stünden. Weder die (Fabian-) Sozialisten im Westen noch die Führer des Bolschewismus haben sich in ihrem Verhalten je nach dieser Theorie gerichtet. Was Moskau so gefährlich macht, ist die Tatsache, daß es ein Volk wie Ungarn grausam niederknuten, Tausende von ungarischen Jungen und Mädchen in sibirischen Lagern zu Tode quälen lassen kann *und dann von Nehru* im September 1958 in der *New York Times* bescheinigt bekommen kann, daß man die Sowjetunion für das was sie für das Kind (!) und den gewöhnlichen Mann getan habe bewundern müsse. Schlimmer noch, daß diese Unverschämtheit von der Redaktion der *New York Times* dem amerikanischen Volk als nachstrebenswerte Weisheit Indiens serviert werden kann!

Mit anderen Worten: der antikommunistische Westen entmachtet sich in dem Maße, als er getreu nach der Theorie handelt, man müsse die Massen für sich gewinnen, dürfe also raubritterhafte Usurpatoren im Mittleren Osten oder Indonesien keineswegs mit Machtdemonstrationen zügeln, weil dies einem die Sympathien der Massen in Indien verscherzen könne, daß man aber umgekehrt die lokalautonomen Idiosynkrasien einer Stadt irgendwo in einem Staat der USA mit Fallschirmtruppen ausrotten müsse, ebenfalls wieder, weil man sich sonst die Sympathien der farbigen Massen verscherze. Es ist diese Haltung leider auch bei einigen Mitgliedern der Mont Pèlerin Society zu finden, die heute zur «Kanonenbootdiplomatie im Rückwärtsgang» führt: in dem Grade, in dem man sich einredet, es sei weltpolitisch unmöglich, Brandherde des farbigen Nationalsozialismus mit Flugzeugträgern in Zaum zu halten, in dem Grade wird die Exekutive der westlichen Demokratien gezwungen, innenpolitisch zu verfassungssprengenden Machtdemonstrationen zu greifen, angeblich, weil man aus außenpolitischen Gründen einen abstrakten Egalitarismus den innenpolitischen lokalen Möglichkeiten überordnen müsse: als ob sich ein Sukarno daran hindern ließe, Holländer *und antikommunistische Chinesen* in Indonesien zu enteignen und zu diskriminieren, wenn man von heute auf morgen die amerikanische Gesellschaft ethnisch *entschichten* könnte. Es war dieses Thema, zu dem sich in sichtlicher Bewegung und Er-

bitterung der bekannte amerikanische Publizist Felix Morley, Verfechter der dezentralistischen Republik als Staatsform, mehrfach zu Wort meldete.

Eng verknüpft mit diesem psychologischen Komplex ist ja der Mythus der «unterentwickelten» Länder, denen der letzte Tag in Princeton gewidmet war. Der Hauptreferent, P. T. Bauer, war leider nicht rechtzeitig aus Pakistan zurückgekommen. Seine Beiträge wurden von Mr. Davenport zusammengefaßt: es handelt sich hier um eine ähnliche Feigheit und intellektuelle Unehrlichkeit wie bei dem obigen Problem: Niemand getraut sich mehr, den Wirtschaftsträumern in Indien zu sagen, daß sozialistische Planwirtschaft kaum der richtige Weg zu wirtschaftlichem Wachstum sei, im Gegenteil, man beeilt sich, heute die wirtschaftliche Selbstmordpolitik der skurrilsten Figuren mit Milliardenbeträgen zu unterstützen, wiederum weil man angeblich nur so die Massen dieser Länder davon abhalten könne, sich für das sowjetrussische Experiment zu entscheiden.

Man versäumt wiederum, Psychologie der Eliten und der Massen (sofern es diese soziologisch als Einheit überhaupt gibt) zu trennen: der Faszination eines Nehru oder Menon für Moskau würde selbst das gegesamte, auf einem Präsentierteller überreichte amerikanische Volkseinkommen nicht entgegenwirken können. Im Gegenteil! Und wen immer wir unter den noch nicht führenden (und deshalb marxistisch vielleicht noch unverdorbenen) Köpfen Indiens erreichen können, sollte nicht durch unsere Stützung seiner dirigistischen Zentralregierung zum Kollektivismus bekehrt werden, sondern eher Tatsachen mitgeteilt bekommen, wie sie Prof. Gideonse, der soeben von einer Rußlandreise heimgekehrt war, der Princetoner Tagung mitteilte: etwa wie er überall in Rußland erlebte, daß man versuchte, ihm Hemd und Kravatte vom Leib weg abzukaufen, für ein Vielfaches des Betrages, den er dafür in den USA bezahlt hatte.

Helmut Schoeck

Die zweite internationale Konferenz über die friedliche Verwendung der Atomenergie

Auf Grund einer Initiative der USA fand 1955 die erste Genfer Konferenz über die friedliche Verwendung der Atomenergie statt. Dieses Jahr wurde die zweite internationale Konferenz über die friedliche Verwendung der Atomenergie abgehalten. Auch die zweite Konferenz wurde im Rahmen der Vereinigten Nationen in Genf im Palais des Nations, dem europäischen Sitz der UNO, durchgeführt. Die Konferenz wurde von den Delegationen von etwa siebzig verschiedenen Ländern besucht; die Delegationen bestanden aus den offiziellen Delegierten, den sogenannten Experten und einer großen Zahl von Beobachtern. Im ganzen waren mehrere Tausend Fachleute auf dem Gebiete der Atomenergie anwesend.

Der Begriff der Atomenergie war bei der Organisation der Konferenz sehr weit gefaßt worden, so daß auch zugewandte Wissengebiete, die mit der Atomenergie in einem Zusammenhange stehen, vertreten waren. Es fanden fünf verschiedene Serien paralleler Sitzungen statt, in denen die folgenden Hauptgebiete behandelt wurden: Physik, Reaktortechnologie, Chemie, Radioisotopen, Biologie und Medizin, Rohmaterialien und Metallurgie. Die Durchführung formeller Sitzungen mit Vorträgen stellte das Rückgrat der Konferenz dar; beinahe wichtiger war jedoch, daß Gelegenheit zu persönlichem Kontakt geboten wurde. Die Mitte zwischen den formellen Sitzungen und dem persönlichen Gespräch bildeten die während der

Konferenz organisierten sogenannten informal sessions, in welchen durch kurze Vorträge bedeutender Fachleute eine meistens besonders interessante und lebhafte Diskussion über bestimmte Themen in Gang gebracht wurde.

Ein besonderes Merkmal der Konferenz bestand darin, daß hier auf einer wirklich internationalen Basis Fachleute zusammenkamen. Es gibt auf dem Gebiete der Atomenergie und der damit zusammenhängenden Wissenschaften jährlich eine große Zahl von Konferenzen in allen Größen. Aber diese Konferenzen sind entweder intereuropäisch oder interamerikanisch, bestenfalls umfassen sie die westliche Hemisphäre, aber nie wird der Kontakt mit dem Ostblock geschaffen. Ein Gespräch mit russischen Wissenschaftlern und Ingenieuren war bisher nur gelegentlich auf bilateraler Basis oder im Rahmen der Genfer Konferenzen möglich. Es war wiederum, wie schon 1955, erstaunlich, festzustellen, wie ähnlich im Osten und im Westen wissenschaftliche und technische Probleme gelöst wurden, auch ohne den sonst üblichen internationalen Kontakt.

Einen besonders wichtigen Bestandteil der Konferenz bildete die wissenschaftliche Ausstellung, welche in einem provisorischen Ausstellungsgebäude im Park des Palais des Nations untergebracht war. In dieser Ausstellung wurde das Material von den Regierungen der einzelnen Länder und nicht von den Herstellern präsentiert und dadurch eine kommerzielle Atmosphäre weitgehend vermieden. Die Ausstellung hatte die physikalische Grundlagenforschung, Reaktortechnik, Anwendungen der Radioaktivität in anderen Wissensgebieten und die Arbeiten auf dem Gebiete der Kernfusion zum Thema.

Der wichtigste Gegenstand der diesjährigen Konferenz war der Bau und die Erprobung der ersten Kernenergiekraftwerke.

In der amerikanischen Ausstellung über Reaktortechnik und in den Mitteilungen der amerikanischen Delegation wurde eindrücklich dargestellt, wie die USA die Probleme des Reaktorbaues auf breiter Front anpacken. Durch den Bau von Versuchskraftwerken werden die verschiedensten Prinzipien ausprobiert: *Siedewasserreaktoren* (z. B. der Experimental Boiling Water Reactor des Argonne National Laboratory und die 180 000 kW Nuclear Power Station in Dresden, Illinois); *Druckwasserreaktoren* (z. B. der 60 000 kW Shippingport Pressurized Water Reactor); der *Sodium Graphite Reactor*, ein mit flüssigem Natrium gekühlter Reaktor mit 75 000 kW Leistung; *schnelle Breederreaktoren* (z. B. der Enrico Fermi Reactor mit 100 000 kW); ein mit *organischen Flüssigkeiten gekühlter und moderierter Reaktor* wird in der National Reactor Testing Station in Idaho erprobt; der Consolidated Edison *Thorium Reactor* mit 250 000 kW; schließlich beginnen die Amerikaner in letzter Zeit auch, sich für den in England so bewährten *gasgekühlten Graphitreaktor* zu interessieren.

Dieses außerordentlich breite Reaktorforschungs- und Entwicklungsprogramm der USA ist im Hinblick auf die auch heute noch gewaltigen Vorräte des nordamerikanischen Kontinents an fossilen Brennstoffen zu verstehen. Die USA haben einerseits Geld und Personal genug und andererseits noch eine große Zeitreserve, so daß sie es sich leisten können, die verschiedensten Reaktortypen auf ihre Eignung zu prüfen und durch den Bau kostspieliger, großer Prototypen Erfahrungen mit den einzelnen Bauarten zu sammeln. Die amerikanische Ausstellung vermittelte einen beeindruckenden Einblick in das Können und die reiche Erfahrung der USA auf dem Gebiete der Reaktortechnik.

Großbritannien bot in der Ausstellung und in den Vorträgen ein Bild der völlig anderen, englischen Arbeitsweise. Die schwierige wirtschaftliche Lage der britischen Inseln nach dem Kriege ließ es wünschenswert erscheinen, dem Lande möglichst rasch den Nutzen der Kernenergie zu verschaffen. Für ein sorgfältiges Ausprobieren aller Möglichkeiten fehlten aber die Mittel und die Zeit. So wählte die Atomic Energy Authority den *gasgekühlten Graphitreaktor* und entwickelte diesen in wenigen Jahren mit bewunderns-

werter Energie und Zielstrebigkeit. Das erste Resultat stellt das Atomenergiekraftwerk Calder Hall dar; nach dessen erfolgreicher Beendigung wurden sogleich vier weitere große und jeweils verbesserte Kraftwerke in Angriff genommen: Berkeley, Bradley, Hinkley Point und Hunterston. Nach Fertigstellung dieser Anlagen werden diese zusammen 1,4 Millionen Kilowatt elektrischer Energie erzeugen. Wegen der ungünstigen Lage der britischen Inseln in bezug auf fossile Brennstoffe wird England eines der ersten Länder sein, in denen die Atomenergie im Preise mit den anderen Energiequellen wird konkurrieren können. Auf Grund vorsichtiger Schätzungen glauben die Engländer, etwa 1965 elektrische Atomenergie zum gleichen Preise wie klassische elektrische Energie produzieren zu können; der Preis wird dann bei ca. 0,6 Pence pro kWh liegen.

Wenn man die USA und England auf dem Gebiete der Reaktortechnik unbestritten als die führenden Länder bezeichnen kann, so liegen doch Frankreich, die Sowjetunion und Kanada nicht weit zurück. Auch diese Länder zeigten in ihren Ausstellungen, in den Vorträgen und in vorgeführten Filmen bedeutende Leistungen im Reaktorbau.

Ein zweites bedeutendes Thema der Konferenz bildeten die Arbeiten über die kontrollierte Kernfusion. Der Fusionsreaktor der Zukunft beruht auf der Tatsache, daß bei der Verschmelzung leichter Kerne Energie frei wird. Diese Reaktion findet in Materie bei einer Temperatur von etwa 100 Millionen Grad statt. Alle Arbeiten und Experimente befassen sich mit der Erzeugung einer solchen extremen Temperatur. In den USA wird an vier Orten Fusionsforschung betrieben: An der Princeton University, im University of California Radiation Laboratory, im Oak Ridge National Laboratory und im Los Alamos Scientific Laboratory. Die britische Gruppe hat in Harwell die berühmte Zeta-Maschine gebaut, mit der man im vergangenen Januar zum ersten Male die gewünschte Reaktion erzeugt zu haben glaubte. Die Sowjetunion arbeitet im Atomenergieinstitut der russischen Akademie der Wissenschaften ebenfalls an den Problemen der Fusion.

Es ist festzustellen, daß man überall mit der Fusionsforschung noch weit von dem erstrebten Ziel entfernt ist. Man hat bisher an verschiedenen Orten Temperaturen bis zu fünf Millionen Grad erzeugen können und eine Gasprobe während einigen Millisekunden auf dieser Temperatur halten können. Aber von der notwendigen Temperatur von einigen Hundert Millionen Grad ist man noch weit entfernt und außerdem auch nicht in der Lage, das heiße Gas (Plasma) genügend lange zu erhalten. Die bei den Versuchen beobachteten Neutronen sind höchstwahrscheinlich nicht thermonuklearer Herkunft. Es ist offensichtlich, daß noch sehr viel Arbeit und Scharfsinn aufgewendet werden muß, bis thermonukleare Reaktionen im Laborversuch erzeugt werden können. Bis zum Fusionskraftwerk ist es auch dann noch ein weiter Weg. Das geleistete ist imponierend, besonders die amerikanische Ausstellung war sehr beeindruckend; aber niemand weiß heute, ob einer der eingeschlagenen Wege überhaupt zum Ziele führen wird. Vielleicht sind ganz neue Ansätze notwendig.

Zusammenfassend kann man die Ergebnisse der Konferenz so beschreiben:

— An der Konferenz von 1955 war hauptsächlich von Forschungsreaktoren die Rede und energieerzeugende Reaktoren waren höchstens Papierstudien. In den vergangenen drei Jahren haben die fünf führenden Länder, insbesondere aber die USA und Großbritannien, gezeigt, daß Spaltungsreaktoren verschiedenster Bauart zur Energieerzeugung verwendet werden können. Eine große Zahl von Prototypen ist gebaut und erprobt worden. Man weiß heute mit Bestimmtheit, daß solche Reaktoren in wenigen Jahren in der Lage sein werden, elektrische Energie zu konkurrenzfähigen Preisen zu produzieren.

— An der Konferenz von 1955 wurde die Kernfusion nur ganz am Rande erwähnt. Diesmal nahm sie einen breiten Raum ein. Der Fusionsreaktor ist aber noch weit von der Verwirklichung entfernt, und die Weiterentwicklung der Spaltungsreaktoren ist eine unbedingte Notwendigkeit. Die Meinung, man könne den Spaltungsreaktor auslassen und gleich den thermonuklearen Reaktor anpacken, ist völlig falsch.
— Die meisten an der Konferenz mitgeteilten Dinge waren nicht sensationell, vieles davon war mindestens teilweise schon vorher bekannt. Das liegt daran, daß seit der ersten Konferenz von 1955 die Geheimhaltung sich auf die militärischen Anwendungen der Kernenergie beschränkte und Resultate auf dem Gebiete der friedlichen Anwendung meistens rasch veröffentlicht wurden. Der Wert der diesjährigen Konferenz bestand in einer allgemeinen Bestandesaufnahme des Erreichten und dessen, was noch zu tun übrig bleibt.
— An der gleichzeitig stattfindenden Ausstellung der Fabrikanten im Palais des Expositions wurde ganz klar, wie befruchtend die Entwicklung der Atomenergie auf die Industrie gewirkt hat. Ein gewaltiger Erwerbszweig, den man vielleicht eines Tages die Kernindustrie nennen wird, ist im Entstehen.

Allgemein bestand die Meinung, daß die Konferenz sehr erfolgreich und fruchtbar gewesen sei. Es ist sehr wahrscheinlich, daß 1961 eine dritte solche Konferenz abgehalten wird.

Heinz Albers-Schönberg

Innenpolitische Tagesfragen

Ein klarer Entscheid

Die Verwerfung der Initiative für die 44-Stundenwoche ist wuchtiger erfolgt als erwartet worden war. Der Entscheid wirkte entsprechend klärend. Die starke Mehrheit der Neinstimmen mußte um so mehr Eindruck machen, als die Initiative für viele, die ihr die Zustimmung versagten, verführerisch hätte sein können. Das Volk hat wieder einmal gegen eine unnötige Reglementierung gesprochen. Es hat sich auch bestätigt, daß die Zeit vorbei ist, da der Landesring Einbrüche in die Front der bürgerlichen Parteien erzielen konnte. Hingegen ist ihm ein solcher bis zu einem gewissen Grade bei der Linken gelungen. Der überaus eindeutige Entscheid dürfte aber zur Besinnung beigetragen haben, so daß der Einbruch schwerlich von Dauer sein wird. Es war übrigens interessant zu sehen, daß dort, wo die Führer der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften die Neinparole vertraten, die Arbeiterschaft ihnen überwiegend Gefolgschaft leistete. Für diese Führer brauchte es einen gewissen Mut zur Unpopularität. Daß er von ihrer Anhängerschaft honoriert worden ist, verdient vermerkt zu werden. Es wäre offenbar nicht nötig gewesen, daß andere glaubten, trotz sachlicher Bedenken für die Vorlage eintreten zu müssen, um sich nicht politisch zu schaden.

Neue Initiativen

Es dürfte auf die nahenden Nationalratswahlen zurückzuführen sein, daß in der letzten Zeit nicht weniger als drei neue Volksbegehren in Gang gesetzt worden sind, zwei, die die AHV betreffen, und ein drittes, das die Einführung der Gesetzesinitiative im Bunde zum Gegenstand hat. Über das letztere ist bereits in den «Politischen Tagesfragen» des Septemberheftes einiges gesagt worden.

Man darf sich mit Fug fragen, ob genügend Grund bestehe, auf Wahlen hin derart weitgesteckte, nicht immer ausgereifte Aktionen anzubahnen, ist doch von vornherein mit nur geringen Verschiebungen der Parteistärken zu rechnen. Aber die Volksbegehren sind nun im Gang. Die *sozialistische* Initiative will den Zuschuß von öffentlichen Mitteln an die Alters- und Hinterlassenenversicherung erhöhen und gleichzeitig dafür sorgen, daß sie weiter gesteigert werden müssen, wenn die Einnahmen aus den Prämien größere Erträge abwerfen. Während aber die bisherigen Zuschüsse des Bundes aus für die AHV reservierten Steuern stammen, wird über die Beschaffung der neuen Mittel nichts gesagt. Man will also allgemeine Steuermittel in die AHV leiten. Es ist mehr als fraglich, ob diese Forderung gerade heute am Platze ist, wo Prämienzuschläge für die Invalidenversicherung und die Erwerbsersatzordnung in Aussicht stehen und die Invalidenversicherung außerdem beträchtliche Zuschüsse des Bundes und der Kantone benötigen wird.

Die andere Initiative, die vorwiegend aus *linksbürgerlichen* Kreisen und vom *Landesring* getragen ist, will das teilweise Kapitaldekkungsverfahren der AHV durch das Umlageverfahren ersetzen. Für die vorgesehene sofortige Rentenerhöhung um 30 Prozent ist keine Deckung vorgesehen. Im gegenwärtigen Moment könnte eine Rentenerhöhung dieses Umfanges aus den laufenden Einnahmen, allerdings unter massiver Kürzung der Äufnung des Ausgleichsfonds, gedeckt werden. Nach der letzten versicherungstechnischen Bilanz zu schließen, würde dies aber nach den paar Jahren, die bis zum Inkrafttreten der Initiative und des Ausführungsgesetzes verstreichen müßten, nicht mehr der Fall sein. Zur Auszahlung der erhöhten Renten müßte sofort auf das Kapital des Ausgleichsfonds gegriffen werden. Die zunehmende Zahl der Rentner und der Rentenbeträge würden, zusammen mit dem wachsenden Zinsausfall, zu einer progressiven Verminderung des Fonds und seiner Erschöpfung in absehbarer Zeit führen. Für den Zeitpunkt, da der Fonds nicht mehr bestehen wird, ist keine Lösung des Finanzierungsproblems vorgesehen. Die Initiative ist daher ein höchst unvollkommenes Werk. Vermutlich wird nun versucht, den Ausgleichsfonds als eine überflüssige Anhäufung und Sterilisierung großer Kapitalien hinzustellen und seine Verteilung zu empfehlen. Vielleicht schlägt die Stimmung aber um. Was ist der Fonds anderes als eine Sicherung für künftige Leistungen? Wird es vor allem der jungen Generation einleuchten, daß sie Prämien zahlen soll, von denen nichts für sie selber auf die Seite gelegt wird? Die AHV muß wegen der zunehmenden Überalterung mit einer steigenden Zahl Rentner rechnen. Unter diesen Umständen geht die Rechnung beim Umlageverfahren nur auf, wenn entweder die Renten mit der Zeit und immer wieder gesenkt, oder die Prämien erhöht, oder die Zuschüsse aus Steuermitteln gesteigert, oder diese Maßnahmen kombiniert werden. Aus diesem Grunde sollte ein Fonds wenigstens in der Höhe angesammelt werden, daß er die Belastungs*zunahme* deckt. Wenn nicht, so sollte die Initiative festlegen, wie die Lösung im Augenblick getroffen werden soll, in dem der Fonds verbraucht ist. Da sie dies nicht tut, leidet sie an einem schweren Mangel, ganz abgesehen von der grundsätzlichen Entscheidung für oder gegen das Umlageverfahren. Es wohnt ihr zudem die Tendenz nach einer sogenannten «dynamischen» Rente inne, da bei steigendem Volkseinkommen Erhöhungen stattfinden sollen. Dieses System gilt seit zwei Jahren in Deutschland und bereitet dort größte Verlegenheit, wie auch viel größere als die veranschlagten Kosten. Das Initiativbegehren zeigt einen wirklich nicht empfehlenswerten Weg.

Angespannte Kantonsfinanzen

Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges haben sich die Finanzen der Kantone im allgemeinen sehr günstig entwickelt. Die

Kriegslasten hatte zur Hauptsache der Bund getragen. Hochkonjunktur, kalte Progression bei den Steuern und hohe Anteile an den Bundeseinnahmen führten zu stark steigenden Eingängen. Dabei herrschte im allgemeinen längere Zeit ein Sinn für vorsichtiges und sparsames Haushalten. Heute ist hingegen eine ziemlich allgemeine Verschlechterung der Finanzlage der Kantone festzustellen. Die Ursachen sind mannigfaltig. Neue Bundesaufgaben, an deren Finanzierung die Kantone mitzuwirken haben — etwa die AHV —, führten zu neuen Lasten. Bevölkerungszunahme und Konzentration in den Städten nötigten zu Aufwendungen für Siedlungen, Landerschließung, Straßen- und Schulbauten, Spitalerweiterungen und anderes. Unter dem Eindruck der Fülle der Einnahmen litt mancherorts auch der Sinn für Vorsicht und Sparsamkeit, und neue Aufgaben, die früher der Bürger selber getragen hatte, wurden vom Staat übernommen. So kam das Kunststück zustande, daß in einer Reihe von Kantonen die Ausgaben dem raschen Wachstum der Einnahmen noch davonliefen. Gerechterweise muß allerdings gesagt werden, daß da und dort ein Nachholungsbedarf zu decken war, und daß neue, aus der Konzentration der Bevölkerung entstehende Aufgaben, wie etwa der unausweichlich notwendige Gewässerschutz, nun einmal kostspielig sind.

Einige Beispiele: *Zürich* rechnet zwar für 1959 mit einem Überschuß der ordentlichen Rechnung von 3,3 Millionen, aber einer Vermehrung der ungedeckten Schuld um 28,1 Millionen, wobei der Aufwand für den Ausbau des Flugplatzes Kloten mit für den Kanton netto 16 Millionen nur eine teilweise Erklärung gibt. Die Zunahme der ungedeckten Schuld wird die künftigen Rechnungen mit größeren Zins- und Tilgungsaufwendungen belasten. *Bern* hat im Voranschlag 1959 einen Fehlbetrag von 10,5 Millionen, den die Regierung durch eine Steuererhöhung auf 2 ½ Millionen reduzieren wollte, was aber der Große Rat ablehnte, wie er auch die Inangriffnahme einer Steuergesetzrevision verwarf. Die Anspannung der Finanzlage hat sich ergeben, trotzdem die Steuereinnahmen seit 1948 um 68% gestiegen sind. Absonderlicherweise hatte in der Regierung der Finanzdirektor gegen eine Steuererhöhung Stellung bezogen, alle anderen Regierungsmitglieder aber dafür. Wollten diese in ihren Ausgabenplänen nicht geniert werden, und hat anderseits der Finanzdirektor vom Defizit eine heilsame Wirkung erwartet? Das Staatsbudget *Luzerns* rechnet mit 2,5 Millionen Rückschlag, bei um 7% höher geschätztem Steuerertrag. Die Regierung führt das Defizit auf neu übernommene Aufgaben zurück. *Freiburg* budgetiert 1,6 Millionen Defizit, *Solothurn* 1,1 Millionen, wobei die Departementsanträge zu 9 Millionen geführt hätten. *St. Gallen* hatte 1957 einen Ausgabenüberschuß von 2,8 Millionen, im Voranschlag 1959 1,75 Millionen, obwohl eine Steuererhöhung um 3% und ein Steuermehrertrag von 4,5 Millionen einkalkuliert sind. Seit 1951 haben sich die Einnahmen um 58, die Ausgaben um 68% erhöht. Der *Aargau* rechnet mit 1,18 Millionen Defizit, weniger als für 1958 (2,7 Millionen), wozu ein Mehrertrag der Steuern von 3 Millionen verhilft. *Thurgau:* Fehlbetrag 1959 1,7 (1958 1,4) Millionen. *Waadt:* Die finanzielle Lage dieses Kantons hat in der ganzen Schweiz Aufsehen erregt. War für 1958 ein Fehlbetrag von 18 Millionen vorgesehen gewesen, so für 1959 10 Millionen. Gegen die vorgeschlagene Steuererhöhung, die 7 Millionen einbringen soll, organisierts ich heftiger Widerstand. Der Kanton bereitet sich auf kräftige Sparmaßnahmen vor. *Wallis:* Vorgesehener Fehlbetrag 4 Millionen, bei Ausgaben, die 99 Millionen betragen sollen, gegen noch 90 Millionen vor 2 Jahren. *Genf:* Budgetiertes Defizit 8 Millionen. Die Regierung schlägt eine Steuererhöhung und einige andere Maßnahmen vor.

Die neue Finanzordnung des Bundes, die bei gemäßigten Bundessteuern zu bescheideneren Anteilen der Kantone führt, ist an der Anspannung der Finanzlage vieler Kantone so gut wie unbeteiligt, denn 1959 wird

sich erst der Abbau der Kantonsanteile am Militärpflichtersatz fühlbar machen. Es ist aber offenbar so, daß man sich in den Kantonen nun angewöhnen muß, nicht mehr in der Weise des Mannes zu haushalten, der aus der Gunst des Schicksals seine Einnahmen automatisch Jahr für Jahr steigen sieht. In der Waadt fordert die Öffentlichkeit dringend eine Verwaltungsreform und die Reduktion der Subventionen, in Bern wird die Verteilung größerer Aufwendungen auf einen längern Zeitraum verlangt, wozu sich auch andere Kantone werden bequemen müssen, wie auch zu einer größern Zurückhaltung in der Übernahme neuer Aufgaben, deren Erfüllung durch den Kanton wohl eine Annehmlichkeit sein mag, nicht aber eine Notwendigkeit ist. Es ist gut, daß der Zwang zu mehr Vorsicht heute und nächstes Jahr kommt. Würden die Kantone durch die bisherigen überreichen Anteile an den Bundesfinanzen weiterhin verwöhnt, so käme der Anlaß zur Umkehr doch einmal und vielleicht in einer weniger günstigen Zeit als heute, wo immer noch mit guten Steuererträgnissen zu rechnen ist.

Auch im *Bund* hat man sich weitherzigere Maßstäbe angewöhnt. Man hat etwa den Eindruck, daß in der ganzen, im allgemeinen sicher nicht verschwenderischen Verwaltung doch die Stimmung herrsche, jetzt, da Geld vorhanden ist, an Projekten zu realisieren was man kann. Wenn etwa im Voranschlag der *PTT* für das Personal 458 (Rechnung 1957 408) Millionen vorgesehen sind, für Betriebsanlagen 173 (134), für Diensträume 45 (38) und für Transporte 98 (62) Millionen, so sind das Sprünge, die Aufsehen erregen müssen. Die öffentliche Hand hat sich in den guten Zeiten Maßstäbe angewöhnt, die eine Komprimierung sehr wohl ertragen würden.

Helveticus

Wenn der Staat nicht eine Sache der heute in ihm vorhandenen Individuen, sondern eine solche der sich folgenden Generationen ist, so ist die heutige Generation nicht der Besitzer des Staates, der über diesen Besitz verfügen könnte, sondern sie ist der Treuhänder der vergangenen und der kommenden Generationen.

Max Huber